

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 85 846 ppbn d

Inhalt

Heinz Westphal MdB schildert Eindrücke aus Rheinhausen: Solidarität kontra Kapitalisten-Logik.

Seite 1

Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB, Rudolf Bindig MdB und Ingrid Matthäus-Maier MdB resümieren eine Reise nach Peru und Brasilien: Verschuldung und Entwicklung.

Seite 3

Karl-Heinz Mihr MdEP zu Stoltenbergs Verbrauchersteuerplänen: Mineralölsteuer würden Nachfrage in der Automobilbranche schwächen.

Seite 6

43. Jahrgang / 10

15. Januar 1988

Solidarität kontra Kapitalisten-Logik

Eindrücke aus Rheinhausen

Von Heinz Westphal MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Würde Herr Bangemann prüfen, was Sozialdemokraten vor dem Werkstor von Krupp in Rheinhausen oder im Gespräch mit dem Betriebsrat des Hüttenwerks gesagt haben, er könnte keine Äußerung finden, die nicht verantwortet werden kann oder gar die Proteststimmung der Arbeiter aufgeheizt hätte. Was er feststellen würde, wären Äußerungen der Unterstützung aller Bemühungen, die noch zu dem Ziel führen können, das Hüttenwerk und damit größere Zahlen der dortigen Arbeitsplätze zu retten. Dabei ist Rheinhausen das aktuelle Symbol für alle Stahlstandorte. Und er würde Äußerungen feststellen, die etwas enthalten, was in dem Denken dieses Wirtschaftsministers überhaupt nicht vorkommt, nämlich ernstgemeinte Worte der Solidarität mit den Schwächeren dieser Auseinandersetzung, mit den Arbeitnehmern, auf deren Rücken die Krise ausgetragen wird, mit deren Familien, mit den in der Folge einer Schließung ebenso betroffenen Menschen im vom Stahlwerk in Rheinhausen abhängigen örtlichen und wirtschaftlichen Umfeld.

Doch der Begriff der Solidarität geht vielen Menschen, auch politisch Verantwortlichen, recht oft zu leicht und in seiner verpflichtenden Bedeutung der Hilfe auf Gegenseitigkeit nicht tief genug durchdacht über die Lippen. Deshalb möchte ich schildern, was ich an konkretem Ausdruck solidarischen Verhaltens in Rheinhausen vor dem Werkstor erlebte, als ich dort schon vor mehr als einem Monat (als an Büms Besuche noch nicht zu denken war) an einem eiskalten Dezember-Morgen erlebte: Es war noch dunkel, als sich für eine Protestkundgebung der Stahlkocher drei- oder gar viertausend Menschen versammelt hatten. Man spürte die Bedrücktheit der Versammelten, die aufmerksam und kritisch, aber dann mit Zustimmung die Reden ihres IG Metall-Vorsitzen-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Dringert
aus wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



den und des aus Bonn gekommenen Politikers der SPD-Fraktion anhörten. Grund hatten die Arbeiter ja genug, nicht nur die Unterstützung des Protestes gegen nichteingehaltene Versprechungen der Unternehmensführung zu hören, sondern auch Aussagen, was konkret geschehen könnte oder müßte, um die Erhaltung der Stahlstandorte in ihrem Kern, um die Herausschaffung neuer anderer Arbeitsplätze und um die soziale Absicherung der Betroffenen zu bewirken.

Nachdem die beiden Reden beendet waren, trat ein Betriebsrats-Mitglied ans Mikrofon. Er organisierte die sich anschließenden Aktionen. Er sagte, er brauche ein paar Kollegen, die mit ihm an eine der Rheinbrücken fahren wollten, um die dortige „Frühschicht“ abzulösen. Hunderte von Kollegen meldeten sich sofort! Wir gingen zu einer Straßenkreuzung, die die Frauen der Stahlarbeiter mit einer Menschenkette, verbunden durch mitgebrachte weiße Tücher, abgesperrt hatten. Auf dem Wege dorthin zog vor uns in einem eigenen Demonstrationzug die gesamte Mitarbeiter-schaft einer Stahlhausener Holz-Handelsfirma: „Es geht um die Existenz unserer Stadt, wenn die Hütte plattgemacht wird.“ Uns entgegen kam ein Konvoi von wohl fünfzig gelben Fahrzeugen der Bundespost, deren Fahrer hupend und mit Transparenten ihre Unterstützung der Aktionen der Krupp-Arbeiter kundtaten. Ich war, als wir an die Kreuzung kamen, überrascht - und - das muß ich sagen - gerührt von dem sich dort zeigenden Anblick: Eine lange Kolonne großer Traktoren, gesteuert von Landwirten aus der Duisburger Umgebung, rollte heran. Auch die Bauern fühlten sich betroffen von dem, was ihre in dem Hüttenwerk arbeitenden Nachbarn ertragen sollen und wollten ihre Solidarität öffentlich zeigen.

Der Ortspfarrer, ein hochgewachsener, gehbehinderter Mann, organisierte das Zusammenwirken der verschiedenen Bürger-Aktionen. An einer der Rheinbrücken schließlich, für deren Sperrung als Ausdruck der Kampfbereitschaft der Arbeiter für ihre Arbeitsplätze zwar fast alle Kraftfahrer Verständnis hatten, nicht aber - wie inzwischen jeder wissen kann - Herr Bangemann und andere Repräsentanten eines leider heruntergekommenen politischen Liberalismus, an dieser Brücke sprach ich mit den Politizisten, die für Ruhe und Ordnung nicht zu sorgen brauchten und nur ab und zu einem Kraftfahrer einen Hinweis für dessen Weiterfahrt zu geben hatten. Auf Ihre Empfindungen bei der Ausübung ihres Dienstes in der vom Stilllegungsschicksal bedrohten Stahlstadt angesprochen, kam es wie selbstverständlich als Antwort: „Wir gehören doch dazu, wir sind doch mit betroffen!“

Diese Erlebnisse von friedlicher, aber tief erboster Kampfbereitschaft, gepaart mit den Bekundungen echter Hilfsbereitschaft, werde ich nicht vergessen. Jeder, der heute - mehr als einen Monat später - nach Rheinhausen kommt, kann nach wie vor gleiche Eindrücke von dort mitnehmen. Herr Bangemann war nicht dort. Er gibt nur sein „Todesurteil“ über den ganzen Standort in der „Bild“-Zeitung als ungeprüfte Wiedergabe von Äußerungen aus Unternehmer-Kreisen von sich. Es läuft einem kalt den Rücken herunter, daß in unserem Land Personen mit einer vom Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes unberührten Kapitalisten-Logik Bundeswirtschaftsminister sein können.

(-/15.1.1988/vo-he/rs)

* * *



Verschuldung und Entwicklung

Resümee einer Delegationsreise nach Peru und Brasilien

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler, Rudolf Bindig und Ingrid Matthäus-Maier
Mitglieder des Deutschen Bundestages

I.

Obwohl sowohl Peru als auch Brasilien hochverschuldet sind, bestehen zwischen den beiden Ländern doch gravierende Unterschiede hinsichtlich der Möglichkeit, die Verschuldungskrise zu bewältigen.

Der große Binnenmarkt und die relativ fortgeschrittene Teilindustrialisierung ermöglichen es Brasilien, Exportüberschüsse zu erzielen und so auch einen nicht unbeträchtlichen Schuldendienst zu finanzieren. Ein erheblicher Teil des im Ausland aufgenommenen Kapitals ist produktiv investiert worden. Das eigentliche Problem besteht darin, stetige politische Rahmenbedingungen, eine rationale und nichtkorrupte Staatsverwaltung zu schaffen, die Inflation zu bekämpfen und grundlegende strukturelle Reformen durchzuführen. Im Mittelpunkt muß hier eine durchgreifende Agrar- und Steuerreform sowie eine gleichmäßigere Einkommensverteilung stehen.

Schuldendienst erleichterungen müssen an strukturelle Bedingungen geknüpft werden.

Die Auflagen des IWF sind zu kurzfristig konzipiert und wirken depressiv. Sie sind von den Regierungen politisch nicht durchzuhalten. Nicht zuletzt deshalb gerät der IWF in letzter Zeit an den Rand des Geschehens. Die Verhandlungen zur Lösung der Schuldenkrise werden zunehmend bilateralisiert.

Peru ist ein Land, das noch langfristig auf einen strukturellen Importüberschuß angewiesen ist, wenn eine beschleunigte Wachstums- und Industrialisierungspolitik (und damit langfristig auch größere Exportfähigkeit) ermöglicht werden soll. Der größte Teil seiner Exporte besteht aus Rohstoffen, insbesondere Metallen. Einer Expansion der Rohstoffexporte steht aber weniger der Protektionismus der Industrieländer entgegen, sondern in erster Linie eine strukturelle Nachfrageschwäche und tendenziell fallende Rohstoffpreise auf diesem Gebiet. Im übrigen ist das Land von seinen ökonomischen, sozialen und geographischen Verhältnissen her wesentlich weniger entwickelt als das große Brasilien. Dies rechtfertigt prinzipiell ein höheres Maß an Schuldendienst erleichterungen.



II.

Sowohl Brasilien als auch Peru sind selbst mitverantwortlich an ihrer hohen Verschuldung. Eine erhebliche Kapitalflucht von Seiten der reichen Oligarchien (vor allem im Falle Perus), Korruption, Parteienwirtschaft und ineffiziente Verwaltungen und Staatsbetriebe sowie eine unetzelte und tendenziell auf Inflation gerichtete Wirtschaftspolitik sind die Stichworte.

Gravierendere Gründe für die Überschuldung sind jedoch externe Faktoren: Wachsender Protektionismus der Industrieländer, ein überhöhtes Zinsniveau, negative Terms of Trade, falsche entwicklungspolitische Expertisen und Anreize zur Kapitalflucht von Seiten der Gläubigerländer.

Dieser gemeinsamen Verantwortung muß eine Teilung der notwendigen Lasten zur Überwindung der Schuldenkrise entsprechen. Entscheidend ist dabei nicht die Frage: Umschuldung oder Schuldenerlaß, sondern die langfristige Senkung des Schuldendienstes.

Dieser muß sich nach dem Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion am Exporterlös orientieren. Der Schuldendienst darf einen bestimmten Anteil daran nicht überschreiten. Diese maximal tolerierbare Schuldendienstquote ist von Land zu Land je nach wirtschaftlichem Entwicklungsstand und Exportmöglichkeit unterschiedlich, sollte jedoch in der Regel 20 Prozent nicht überschreiten. Von Land zu Land ist ein Korb differenzierter Maßnahmen zu vereinbaren, die diesem Ziel entsprechen.

In jedem Fall sind Auflagen sinnlos, die von einem Entwicklungsland unter Zwang akzeptiert, jedoch aus sozialen und politischen Gründen langfristig nicht eingehalten werden (können).

III.

Insgesamt ist eine Wende in der internationalen Finanz- und Entwicklungspolitik erforderlich, wenn es zu einer wirtschaftlichen Wiederbelebung im Süden kommen soll. Erforderlich ist im Einzelnen dies:

- Entwicklungspolitische Auflagen sollten mehr an strukturellen Reformen orientiert sein als an kurzlebigen konjunkturpolitischen Rezepten, die dem Entwicklungsstand der Industrieländer entsprechen. Genauso wichtig wie wirtschaftliche Maßnahmen sind soziale und politische

Reformen. Ohne einen effizienten Staatsapparat, ohne eine wirtschaftlich effiziente und gerechte Verteilung von Einkommen und Land, ohne ein effektives Steuersystem, ohne die Aussicht auf stetige politische Rahmenbedingungen, sind die Voraussetzungen für einen sich selbst tragenden ökonomischen Entwicklungsprozeß nicht gegeben. Daran kann denn auch externe Kapitalhilfe wenig ändern.

- Finanzielle Leistungen, die bisher in der Form von Krediten erfolgten, sollten verstärkt als Zuschüsse gewährt werden. Über die Entwicklungspolitik finanzierte Vorhaben sind notwendigerweise auf die langfristige Verbesserung von Strukturen und Prozessen gerichtet, die kurzfristig keine Rendite erwarten lassen. Im übrigen führt eine zunehmende Kreditabhängigkeit dazu, daß Entwicklungsländer immer mehr zur Erwirtschaftung von Devisen gezwungen werden. Dies schwächt die Option einer verstärkten Entwicklung der Binnenmärkte.
- Wichtiger noch als entwicklungspolitische Leistungen aber ist eine grundlegende Verbesserung der internationalen Handels- und Finanzbedingungen zugunsten der Dritten Welt. Solange die Industrieländer hier - insbesondere durch eine Öffnung ihrer Märkte für Agrarprodukte und verarbeitete Erzeugnisse - nicht in Vorlage treten, führt die Forderung an die Entwicklungsländer, sich immer wieder in den Weltmarkt zu integrieren, in eine Sackgasse.
- Entwicklungspolitik muß in Zukunft noch konsequenter auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung gerichtet werden. Es sind solche Formen der Zusammenarbeit zu wählen, bei denen eine Bereicherung der Oligarchien ausgeschlossen ist. Im Prinzip ist dies nur durch Maßnahmen im Bereich des Gesundheits-, Bildungs- und Ausbildungssektors möglich. Dazu gehört auch, daß die breite Bevölkerung aktiver an der eigenen Entwicklung teilnehmen und insbesondere die Befriedigung der eigenen Grundbedürfnisse selbst sicherstellen kann. Dies hängt eng mit der Förderung demokratischer Basisstrukturen zusammen.

(-/15.1.1988/vo-ha/rs)

* * *



Mineralölsteuer würde Nachfrage schwächen

Stoltenberg-Pläne belasten Beschäftigte der Automobil-Branche zusätzlich

Von **Karl-Heinz Mühr MdEP**
Betriebsratsvorsitzender bei VW

Die von Bundesfinanzminister Stoltenberg geplante Erhöhung der Verbrauchersteuern lehne ich als Betriebsratsvorsitzender des Baunataler VW-Werkes ab. Eine Anhebung etwa der Mineralölsteuer würde zwangsläufig zu einer Kaufzurückhaltung bei Neuwagen führen. Und das zu einem Zeitpunkt, wo man mit einer rückläufigen Nachfrage im Inland rechnen muß.

Die Autobranche hat bereits seit einem Jahr Einbußen im Exportgeschäft, die bisher vom guten Inlandsabsatz ausgeglichen werden konnten. Wenn jetzt in das Inlandsgeschäft mit einer massiven Erhöhung der Mineralölsteuer eingegriffen wird, dann wird das automatisch zu Kurzarbeit oder gar noch härteren Maßnahmen führen.

Der Bundesfinanzminister Stoltenberg entpuppt sich immer mehr als ein Taschenspielertrickser. Durch seine vollmundig angekündigte Steuerreform hatte er allen Arbeitnehmern eine beachtliche Einkommensverbesserung versprochen. Bei den meisten VW-Beschäftigten bleibt es aber lediglich bei diesem Versprechen. Ihnen wird im Gegenteil mehr Geld aus der Tasche gezogen.

- o Sie werden künftig Abgaben auf die bisher steuerfreien Schichtzuschläge abführen müssen.
- o Die Rabatte auf Jahreswagen werden ihnen versteuert.
- o Zusätzlich müssen sie jetzt für die Fahrt zum Arbeitsplatz tiefer in die Tasche greifen, und obendrauf sind ihre Arbeitsplätze in Gefahr.

Nachdrücklich warne ich Stoltenberg davor, wegen der jetzt unübersehbaren Milliardenlücke im Haushalt die VW-Aktien des Bundes panikhaft zu verkaufen. Stoltenberg sollte lieber seine Restkraft sammeln und ein akzeptables Beschäftigungspaket vorlegen, damit die Massenarbeitslosigkeit wirksam vermindert und die Massenkaufkraft deutlich erhöht wird.

(-/15.1.1988/vo-he/rs)

* * *

